Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Wien: M. Dukes, L. Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Allgemeine Annoncen-Agentur des Publicité étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoswald. — Mainz: D. Frant. — München: C. Marowski. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 372. [31. Jahrgang.] **Berlin, Donnerstag den 11. August 1892, Abends.** [31. Jahrgang.] **Nr. 372.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248.**

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **Mk. 1,20,** für die übrigen Staaten **Mk. 1,50.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 11. August.

Es kann heute als ausgemacht gelten, daß noch vor Ablauf dieser Woche das Ministerium Salisbury seinen Auftrag in die Hände der Königin zurückgegeben haben wird. Wenn das Kabinet nicht sofort nach Feststellung des zu seinen Ungunsten ausgefallenen Wahlergebnisses zurücktrat, so war es zu einem solchen Verhalten nicht nur durch das parlamentarische Herkommen berechtigt, sondern es sprach sich darin gerade die gewissenhafteste Beachtung des Grundprinzips parlamentarischer Regierungsweise aus. Eine Regierung tritt zurück, sobald der Nachweis geliefert ist, daß eine neue Mehrheit auf Grund ihres Programms im Stande ist, eine andere, Dauer versprechende Administration zu bilden. Lord Salisbury hat der bisherigen Opposition Gelegenheit gegeben, öffentlich eine Formel aufzustellen und zu vertheidigen, aus welcher hervorgeht, daß, über das negative Moment der Gegnerschaft gegen das bisherige Kabinet hinaus, noch Punkte positiver und sachlicher Natur vorhanden sind, welche die Grundlage eines künftigen Zusammenwirkens der liberalen Führer und ihrer theilweise disparaten Gefolgschaft abgeben. Nach verfassungsmäßigem Brauch hat der abtretende Premierminister der Krone seinen Rachfolger vorzuschlagen, und er kann dies offenbar nur thun auf Grund der Ueberzeugung, daß dieser Mann thatsächlich das Vertrauen der Parlamentsmehrheit besitzt. Sobald daher das zur Ermittelung dieses Verhältnisses vorgeschlagene Votum mit Stimmenmehrheit angenommen sein wird, wird das Kabinet nicht zaudern, seine Entlassung nachzusuchen.

Die Regierung des Lord Salisbury scheidet mit dem Bewußtsein aus dem Amte, ein gutes und für das Wohl des Landes werthvolles Stück Arbeit gethan zu haben. Die Regierungsmehrheit setzte sich aus Konservativen und aus liberalen Unionisten zusammen, welche hinter dem beherrschenden Gedanken der Erhaltung der Reichseinheit alle anderen Rücksichten zurückstellten. Nichtsdestoweniger hat gerade die Regierung, welche aus dieser Mehrheit hervorgegangen war, sich durch Klarheit der Ziele und Folgerichtigkeit des Handelns ausgezeichnet. Nie war eine Staatsverwaltung ferner von allen Doktrinarismus. Mit großem Geschick wußte Lord Salisbury und seine Mitarbeiter auch dem liberalen Programm gesetzgeberische Aufgaben zu entnehmen und dieselben in allgemein befriedigender Form zu lösen, sobald der dafür geeignete Zeitpunkt gekommen schien.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung hat durch die Salisbury'sche Regierung eine werthvolle Förderung erhalten. Auch die übrigen mit der sog. Arbeiterfrage zusammenhängenden sozial-politischen Probleme sind muthig in Angriff genommen worden. Zur Untersuchung des ganzen Komplexes der hier in Betracht kommenden Fragen ist eine königliche Kommission eingesetzt worden, deren gesammeltes Material für die Weiterbildung der sozialen Gesetzgebung des Reiches aufschlaggebend sein wird. Auf dem Gebiet der agrarischen Gesetzgebung ist als bedeutendste Schöpfung des Kabinets Salisbury die Kleinstellen-Bill zu verzeichnen, durch welche dem landwirthschaftlichen Arbeiter auf dem platten Lande mittelst staatlicher Unterstützung der Ankauf eines kleinen, für den Lebensunterhalt seiner Familie ausreichenden Grundbesitzes ermöglicht wird. Ferner hat das abtretende Ministerium die autonome Selbstverwaltung der Grafschaften in England, Schottland und Wales organisirt und war eben jetzt im Begriff, das Gleiche für Irland zu thun. Finanzielle Ueberschüsse, welche das Kabinet erzielte, wurden zur Einführung des unentgeltlichen Volksschulunterrichts verwendet.

Reiche zwei Drittheile der Zeit und der Arbeit des Parlaments haben während der letzten sechs Jahre die irischen Angelegenheiten in Anspruch genommen. Und auf diesem Gebiet sind wohl die größten Erfolge der Salisbury'schen Regierung zu verzeichnen. Als dieselbe ins Amt trat, war Irland ein großes Brutnest hochverrätherischer Verschwörungen. Den englischen Grundbesitzern wurde der Pachtzins verweigert, man erschlug ihre Agenten und hungerte durch Boykottirung diejenigen Pächter aus, die ehrlich genug waren, die revolutionäre No-rent-Theorie von sich zu weisen. Nirgends war Leben und Eigenthum sicher. Heute herrscht vollkommene Ordnung und Ruhe. Durch nachsichtslose Anwendung der Ausnahmegesetze ist die Regierung, namentlich der energische Balfour, den verbrecherischen Ausschreitungen beigekommen, die Verschwörungen sind ausgerottet worden, die Terroristen haben als Flüchtlinge das Land verlassen.

In dem Maße, als der Widerstand gegen die gesetzliche Ordnung nachließ, handhabte die Regierung ihre Gewalten in milderer Weise. Die Aera der Repression ging allmälig über in eine Periode wirthschaftlicher und politischer Reformen, welche geeignet waren, die Masse der irischen Bevölkerung mit der bestehenden Ordnung auszusöhnen. So entstand die irische Bodenankaufs-Bill, welche den Pächter nach einer gewissen Anzahl von Jahren zum Eigenthümer des durch ihn bebauten Bodens machen wird.

Das Gepräge der Klarheit und Folgerichtigkeit trug insbesondere noch das Verhalten des scheidenden Kabinets in der auswärtigen Politik. Das Ansehen des britischen Reiches und dessen mannigfache, weitverzweigte Interessen sind durch das Ministerium Salisbury stets in der erfolgreichsten Weise gewahrt worden. Dabei erkannte diese Regierung mit scharfem Blick die Linie, auf welcher die britischen Interessen und die der Dreibundsmächte parallel laufen. Der Fortbestand des Friedens auf Grund der bestehenden Machtverhältnisse bildete die Losung für eine Politik, deren Richtigkeit so allgemein einleuchtete, daß selbst während der heftigsten Kämpfe der jüngsten Wahlperiode die gegnerischen Führer sich jeder Kritik enthielten, ja in ausdrücklichen Worten ihre Zustimmung zu erkennen gaben.

Der bisherige Minister des Innern, Herr **Herrfurth,** hat sich bereits gestern von den Beamten seines Ressorts verabschiedet und bei dieser Gelegenheit denselben, nach der „K. Z.", seinen grundsätzlichen Gegensatz bei vielen wichtigen Fragen der Miquel'schen Steuerreform auseinandergesetzt. Herr Herrfurth gedenkt seinen Wohnsitz in Berlin zu behalten und hat bereits eine Privatwohnung gemiethet, zunächst indessen dürfte sich derselbe zur Kur nach Karlsbad und später zur weiteren Erholung nach Tirol begeben.

Ein hiesiges Blatt meldete gestern, der Gouverneur von Ostafrika, **Freiherr v. Soden,** habe „nunmehr sein Abschiedsgesuch eingereicht".

Die Nachricht ist falsch, ein Entlassungsgesuch des Führers v. Soden liegt nicht vor. Derselbe wird vielmehr demnächst von ihm seit beinahe mehreren monatigen Urlaub antreten und, nachdem seine Gesundheit schon in Kamerun angegriffen war und er gewissermaßen ein patriotisches Opfer brachte, nach Ostafrika gehen, so hoffte es lediglich davon abhängen, wie sich die gesundheitlichen Verhältnisse des Gouverneurs während seines Erholungsurlaubes gestalten, ob er auf seinen Posten zurückkehrt oder nicht. Selbst aber, falls Letzteres nicht geschehen sollte, würde es falsch sein, daraus einen Erfolg des bekannten Kampfes „gegen das System Soden" herleiten zu wollen. Daß unter diesen Umständen die Nachrichten des Eingangs erwähnten Blattes über die Nachfolgerschaft des Herrn v. Soden ebenfalsenig zutreffen, wie dessen Hauptmeldung, ist selbstverständlich.

Zutreffend ist seitens der Blätter berichtet worden, daß in der am Montag abgehaltenen Konferenz von Vertretern der Reichs- und preußischen Ressorts, welche eine vorbesprechende Erörterung über die vom russischen Seite gegebene Anregung zu einer handelspolitischen Regelung der beiderseitigen Beziehungen zum Zweck hatte, Amtsverschwiegenheit verkündet worden ist. Wenn dessenungeachtet besonders Börsenblätter thatenlange Berichte und Reflexionen über Aeußerungen, Ansichten und Ergebnisse der „Unterhandlungen" liefern, so werden deren Leser vielleicht selbst so klug sein, zu bemerken, daß sie es lediglich mit mehr oder weniger geschickten Kombinationen irgend eines Journalisten zu thun haben. Thatsächlich besteht über die Angelegenheit noch so sehr in den Anfangsstadien, daß es nichts Positives darüber zu berichten giebt, und die Presse würde den deutschen Interessen wohl am besten dienen, den Thatsachen nicht allzusehr vorzugreifen.

Die bereits telegraphisch angemeldete Auslassung des „Wiener Fremdenblatt" über den bevorstehenden Rücktritt des hiesigen **österreichisch-ungarischen Botschafters** lautet:

Die aus Berlin hierhergelangte Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des österreichisch-ungarischen Botschafters am Berliner Hofe, Grafen Szechenyi, wird uns durch gut unterrichtete Kreise bestätigt. Graf Szechenyi wird wahrscheinlich im Laufe des Monats Oktober sein Abberufungsschreiben in Berlin überreichen, und wird bis dahin auch eine definitive Entscheidung in Betreff seines Nachfolgers getroffen sein.

Bei der königlichen Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M. werden, der „Frankf. Ztg." zufolge, im Auftrage des Ministers der öffentlichen Arbeiten Verhandlungen darüber gepflogen, ob und welche **Frachtermäßigungen** seitens der preußischen Staatsbahnen zu bewilligen sein möchten, um die deutsche Ausfuhr über die deutschen Nordseehäfen nach Afrika (ausgenommen Nordafrika und Egypten), nach Süd- und Ostasien, sowie nach Australien bezw. nach dem Gesammtgebiete jenseits des Suezkanals möglichst zu fördern. Es handle sich dabei vorzugsweise um Stückgutsendungen solcher Artikel, welche den Spezialtarifen I—III angehören. Als höherwerthige Artikel der Tarifklasse A und B wohl kaum einer besonderen Frachtermäßigung bedürfen würden, soweit hierunter nicht vielleicht einzelne, ganz besonders wichtige Ausfuhrartikel fallen.

Auf Erkundigung hat die „Köln. Ztg." erfahren, der Minister für Handel und Gewerbe habe zwar im Einzelnen eine Erweiterung der **Handelskammerbezirke** empfohlen; von der Absicht einer durchgreifenden Umgestaltung der Handelskammern sei jedoch an maßgebender Stelle nichts bekannt, wie solche durch eine Aenderung des Handelskammergesetzes von 1870 von anderer Seite angekündigt worden war.

Die städtische Schuldeputation in Magdeburg hatte den dortigen Lehrern angekündigt, sie werde jede wiederholte **Ueberschreitung** des **Züchtigungsrechtes** mit Entziehung der Gehaltszulagen bestrafen. Auf die von den betreffenden Lehrern hiergegen erhobene Beschwerde hat der Unterrichtsminister in einer generellen Verfügung erklärt, daß eine städtische Schuldeputation nicht das Recht der Einbehaltung von Gehaltszulagen habe, daß eine etwaige Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes vielmehr nur mit Disziplinarstrafe belegt werden könne, und daß auch diese nicht ohne weiteres, sondern nur mit Genehmigung der Regierung verhängt werden könne.

Die **Reisstärke-Fabrikanten** Deutschlands sind am 6. August 1892 in Bremen zusammengekommen und haben sich zu dem Antrage an den Bundesrath vereinigt: „es möge der Nummer 25 a des Zolltarifs die Anmerkung hinzugefügt werden: Reis zur Stärkefabrikation unter Kontrolle frei; eventuell: Reis zur Stärkefabrikation unter Kontrolle 1,20 ℳ per 100 Kilogr." Nach der Begründung dieses Antrages ist die seit Jahren über die deutsche Reisstärke-Industrie hereingebrochene Krisis in Kürze auf folgende Ursachen zurückzuführen: 1. Die Einführung eines deutschen Schutzzolles auf Reisstärke und hiermit anderweitige Erhöhung hat in Deutschland zu einer Ueberproduktion von Reisstärke geführt, die, ungeachtet wiederholter Versuche, ihre verderblichen Folgen zu beseitigen, die gegenwärtige bedrängte Lage der Industrie wesentlich mitverschuldet hat. 2. Das von Deutschland gegebene Beispiel nachahmend und erweiternd, errichteten andere Länder, die wichtige Absatzgebiete für die deutsche Reisstärkeindustrie waren, ebenfalls Schutzzölle auf Reisstärke und deren Verpackung, und zwar Oesterreich-Ungarn, Schweden, Rußland und Frankreich, von solcher Höhe, daß die deutsche Ausfuhr dortbin unmöglich gemacht wurde, während Italien, Spanien und der Orient zwar noch die Einfuhr deutschen Fabrikats gestatten, indessen der Absatz dortbin für die exportirenden deutschen Fabriken einestheils wegen des reichlichen Angebots zu unter Selbstkostenpreis und anderentheils wegen des Mitbewerbs namentlich der holländischen und belgischen Fabriken, die unter wesentlich günstigeren Bedingungen, als die deutschen arbeiten und deshalb erfolgreich mit diesen konkurriren können, außerordentlich erschwert ist. 3. Mit der Einführung und Erhöhung des Schutzzolles auf Reisstärke war Hand in Hand gegangen die Einführung und Erhöhung des Zolles auf Reis zur Reisstärkefabrikation. Nachdem in Folge der unter Ziffer 1 und 2 geschilderten Momente die beabsichtigten günstigen Wirkungen des Schutzzolles vollständig geworden waren, blieb der Zoll auf den Reis zur Reisstärkefabrikation als wesentliches und fühlbares Ergebniß der wiederholten gesetzgeberischen Bemühungen um die Reisstärkeindustrie übrig und bildete für dieselbe durch die starke Erhöhung der Fabrikationskosten eine sehr empfindliche Belastung. So ist die einem Akte der Gesetzgebung ihre Entstehung verdankende deutsche Reisstärkeindustrie durch die Fortbildung der Gesetzgebung in eine höchst ungünstige Lage gedrängt worden, aus der sie sich aus eigener Kraft nicht wieder befreien kann. Die Reisstärkefabrikanten Deutschlands erklären einstimmig, daß sie bei den seit Jahren für ihr Fabrikat erzielten Preisen nicht auf die Dauer bestehen können. Da an eine Erhöhung dieser Preise nicht zu denken ist, weil dieselbe einmal einen Uebergang des Konsums zu billigeren, minderwerthigen Fabrikaten nach sich ziehen und ferner eine erfolgreiche Konkurrenz ausländischer, in Rücksicht auf die Fabrikation besser gestellter Fabriken im Inlande ermöglichen würde, so ist Hülfe nur von einer erheblichen Verminderung der Fabrikationskosten zu erwarten. Als eine solche stellt sich, nach Ansicht der Reisstärkefabrikanten, die Zollbefreiung oder Zollermäßigung des zur Fabrikation erforderlichen Rohmaterials dar, um die der Bundesrath gebeten wird.

Der diesjährige ordentliche Verbandstag der **Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften** wird am 27. August zu Kiel abgehalten werden. Auf der Revision der Gefahrentarife wird Herr Selle-Berlin (Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft) referiren, über die Unzuträglichkeiten bei Versicherung der Regiebauarbeiten Herr Gerhardt-Elberfeld (Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft). Weitere Gegenstände der Tagesordnung betreffen die Nothwendigkeit einer Zweckmäßigkeit einer statutarischen Vorschrift, nach welcher die Namen der Auftraggeber der Selbstversicherer in das Beschäftigungsbuch einzutragen sind, ferner die Unterstützung der Bestrebungen des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke durch Hergabe baarer Mittel, und die Frage: werden die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften in den Baubetrieben in genügender und ausreichender Weise zur Kenntniß der Arbeiter gebracht? Die Vorstände der Hamburgischen und der Schlesisch-Posenschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft beantragen: Ausscheidung der landwirthschaftlichen Regiebauarbeiten aus der Zuständigkeit der Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften und Ueberweisung derselben an die land- und forstwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Rundschau im Ausland.

**Bei den gegenwärtigen Verhandlungen des englischen Parlaments fehlt kein Mann, soweit nicht Krankheit oder eine ähnliche force majeure das Erscheinen hindert. Man berechnet daher, daß die heutige Abstimmung über das Mißtrauensvotum die größte Zahl Stimmen aufweisen werde, die je im Hause der Gemeinen abgegeben worden. Von 670 Sitzen sind augenblicklich nur zwei vakant; außerdem dürften sechs bis acht Abgeordnete verhindert sein, zu stimmen. Da diese auf beide Parteien gleichmäßig vertheilt sind, so dürfte die Abstimmung voraussichtlich gerade die volle liberale Majorität von 40 aufweisen. Es wird erwartet, daß Balfour sofort nach der Abstimmung die Vertagung des Hauses bis Montag beantragen werde. Die Minister würden sich morgen, am Freitag, nach Osborne verfügen, um ihre Demission einzureichen und Gladstone würde am Sonnabend den Befehl der Königin zur Bildung des Kabinets erhalten. Daß Gladstonianer, Irländer und Arbeiterdeputirte sich vereinigen, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen, daran ist nicht zu zweifeln. Die Aeußerungen der irischen Führer deuten aber mit hinlänglicher Klarheit auf die Schwierigkeiten hin, welche entstehen werden, sobald die positive Arbeit beginnen soll. Mac Carthy, der Führer der irischen Nationalisten, will, daß die kommende Homerule-Maßregel das irische Volk befriedige und von der Regierung an die Spitze ihres gesetzgeberischen Programms gestellt werde; und zweitens, daß sofort die Lage der ausgewiesenen Wächter untersucht, das Zwangsgesetz außer Kraft gesetzt, und die Sache der „politischen" Sträflinge in Erwägung gezogen, d. h. daß Letztere als politische Verbrecher angesehen und behandelt und vielleicht freigesprochen würden. Das ist, was der gute Mann M'Carthy verlangte; es ist wahrhaftig nicht wenig; aber nichts im Vergleich mit Redmond's Bedingungen. Das Mindestmaß derselben ist das von Parnell am 25. Januar 1891 kundgegebene Programm: das Veto der Krone nur auf Antrag der irischen Exekutive, Verfügung über die Polizei, das Rechtswesen und den Richterstand, und wie sonst die Punkte in der Parnellistenauffassung heißen mögen. Wie wird sich Gladstone dazu stellen? Das ist jetzt die Frage.

Die **belgische** Presse spricht sich einstimmig äußerst verdrießlich über die Note der französischen Regierung aus, der zufolge sich letztere dem belgischen Schiedsgerichtsantrag in der Kongostreitfrage abgeneigt zeigt. Die äußere Politik Frankreichs sei weit entfernt, mit den demokratischen Prinzipien einer Republik in Einklang zu stehen, welche ein Schiedsgericht in Ehren halten müsse. Die belgische Presse beklagt sich bitter über die Polemik der Pariser Blätter, welche erklären, König Leopold habe sich an Deutschland verkauft. Diese Redeweise sei keineswegs angethan, die Sympathieen der Belgier zu gewinnen.

Einer Meldung der **Pariser** Blätter zufolge theilte die französische Regierung der Schiffsdivision des indischen Ozeans Befehl, unverzüglich die zum madagassischen Archipel gehörenden Iles glorieuses zu okkupiren.

Aus **Konstantinopel** wird dem „W. T. B." gemeldet: Da der Generalprokurator des Rechnungshofes, Johannes Effendi Sakis, nicht die einmüthige Zustimmung der Mächte zu seiner Kandidatur für den Posten eines Gouverneurs im Libanon erhielt, hat die Pforte nunmehr in einer Konferenz der Botschafter den Generalsekretair des Ministeriums des Auswärtigen, Naum Effendi, welcher Christ und ein Schwiegersohn des früheren Gouverneurs Franko Pascha ist, für den Gouverneursposten in Vorschlag gebracht.

Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus **Tanger** verloren die Truppen des Sultans in dem gestrigen Gefecht über 100 Mann an Todten und Verwundeten und 25 Pferde, während der Verlust der aufständischen Angeraras weniger als 50 Mann betrug.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 11. August.

* Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin hatten am gestrigen Nachmittage um 1¼ Uhr außer dem Prinzen Alexander auch den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg, welcher, wie gemeldet, zuvor zum Vortrage empfangen worden war, sowie den General à la suite des Prinzen Alexander, v. Winterfeldt und dessen Gemahlin zc. als Gäste bei sich zur Mittagstafel im Marmorpalais gesehen. Am späteren Nachmittage verblieb Se. Majestät der Kaiser als dann längere Zeit in seinem Arbeitszimmer. Am Abend unternahmen die Kaiserlichen Majestäten von 6½ Uhr ab bis um 8/4 Uhr eine gemeinsame Spazierfahrt in die Umgegend von Potsdam, bezw. durch die königlichen Gärten. — Während der Abendtafel welche um 8 Uhr stattfand, konzertirte das Trompeterkorps des Leib-Garde-Husarenregiments.

Am heutigen Vormittag um 8 Uhr empfing Se. Majestät der Kaiser zunächst den Kommandeur des Regiments der Gardes du Corps Oberst Frhrn. v. Biffing und arbeitete hierauf einige Zeit mit dem Adtheilungschef im Militairkabinet Oberst v. Lippe. Um 9¾ Uhr stieg Se. Majestät beim Marmorpalais zu Pferde und begab sich von dort aus zu Begleitung der Flügeladjutanten vom Dienst, jowie des Kommandeurs des Leib-Garde-Husarenregiments, Oberstlieutenants von Moßner, und der Offiziere genannten Regiments zur Beiwohnung einer Felddienstübung zwischen dem zum Brigadeexerziren aus Berlin anrückenden 2. Garde-Ulanenregiment und dem Leib-Garde-Husarenregiment in die Umgegend von Potsdam. — Nach Beendigung der militairischen Uebungen kehrte Se. Majestät mit den Herren seiner Begleitung zum Marmorpalais zurück und nahm alsdald darauf einige Vorträge entgegen. Mittags um 12¼ Uhr hatte der Staatsminister Herrfurth die Ehre, von Sr. Majestät in Audienz empfangen zu werden.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Leopold kam heute Morgen mit dem Regiment der Gardes du Corps von Potsdam nach Berlin und traf Mittags zugleich gemeinsam mit dem Regiment in Berlin ein, welches alsdann in der Kaserne des 2. Garde-Ulanen-Regiments einquartiert wurde, welch letzteres ebenfalls heute früh zu den Brigadeexerzirren nach Potsdam abgerückt war. Auch die Frau Prinzessin Friedrich Leopold kam am heutigen Vormittage mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 10 Uhr 14 Min. nachdem Höchstdieselbe zuvor noch Ihrer Majestät der Kaiserin im Marmorpalais einen kurzen Besuch abgestattet hatte, von Jagdschloß Glienicke nach Berlin, um bis nach der großen Herbstparade mit ihrem erlauchten Gemahl hierselbst Aufenthalt zu nehmen.

* Der Herzog von Dino traf gestern Abend aus Jarotschin hier ein und stieg im Hotel Royal ab.

* Der Herzog v. Marlborough, welcher kürzlich nebst Gefolge und Dienerschaft von Schweden kommend, hier eintraf, hat gestern Berlin wieder verlassen, um über Hamburg nach England zu reisen.

* Der kaiserlich deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, welcher während der letzten Zeit mit Urlaub in Deutschland weilte, ist heute Vormittag von dort hier eingetroffen und hat im Hotel Bristol, Unter den Linden, Wohnung genommen. Mittags begab derselbe sich von Berlin nach Potsdam, wo er die Ehre hatte, von Sr. Majestät in Audienz empfangen zu werden.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Militairisches.] * Der Generalinspekteur der Fußartillerie, Generallieutenant Sallbach, hat Berlin verlassen, ebenso der Präses der Artillerie-Prüfungskommission, Generalmajor Schwarz, der Generalmajor Paulus, Abtheilungschef im Kriegsministerium, der Oberst v. Kleist, Inspekteur der 4. Festungsinspektion, der Oberst v. Kettler, Chef des Stabes der Generalinspektion der Fußartillerie, der Oberst Frhr. Fuchs von Bimbach und Dornheim à la suite des Königlich Bayerischen 1. Fuß-Artillerieregiments vacant Bothmer, beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Abtheilungschefs in der Artillerie-Prüfungskommission, die Oberstlieutenants v. Perbandt und v. Heeringen, Abtheilungschefs im Großen Generalstabe, die Majors Schultz, vom Fuß-Artillerieregiment Nr. 11, und Frhr. v. Stetten, vom Badischen Fuß-Artilleriebataillon Nr. 14, und Adjutanten bei der Generalinspektion der Fußartillerie, und der Ober-Stabsarzt Dr. Werner von der Medizinalabtheilung des Kriegsministeriums.

* Der Generalmajor Nernst, Kommandeur der 1. Feld-Artilleriebrigade, der Generalmajor Frhr. v. Falkenhausen, Kommandeur der 29. Infanteriebrigade, und der Major Frhr. v. Lüdinghausen gen. Wolff, vom Generalstabe der 5. Armeeinspektion, sind nach beendetem Urlaub von hier wieder abgereist.

* Das 2. Garde-Ulanenregiment ist heute zum Brigade-Exerziren nach Potsdam abmarschirt.

* Die Offizierkorps des Leib-Garde-Husarenregiments und des 2. Garde-Ulanenregiments, welch letzteres Regiment heute früh zur Theilnahme an den Brigade-Exerzitien von Berlin nach Potsdam abgerückt ist, werden heute Abend zu einer gemeinsamen Tafel im Offizierkasino des Leib-Garde-Husarenregiments zu Potsdam vereint sein. Dem Vernehmen nach wird auch Se. Majestät der Kaiser an dieser Festtafel der beiden Offizierkorps heute Abend theilnehmen.

* **Osnabrück,** 10. August. Der Chef des Generalstabes, Graf Schlieffen, besichtigte heute in Begleitung verschiedener höherer Offiziere die hiesigen interessanten Betriebe und die rühmlich bekannten Sammlungen des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins.

Aus deutschen Garnisonen.

Neisse, 11. August. (S. Z. B.) Gestern Vormittag fand in der Militairschwimmanstalt ein Gefechtsschwimmen statt, zu welchem Mannschaften des 3. Bataillons des 23. und 63. Infanterieregiments kommandirt waren. Fast am Ende der Uebung ging ein Mann unter und klammerte sich hierbei an den neben ihm Schwimmenden an; dieses Anklammern setzte sich fort, so daß 10 Mann untergingen, welche zwar ans Land gebracht wurden, von denen jedoch nur drei ins Leben zurückgerufen werden konnten.

Mannigfaltiges.

München. Der „Allgemeinen Zeitung" zufolge findet hier vom 27. bis 29. September cr. ein Geschichtsforscher-Kongreß behufs Erörterung einer Neugestaltung des höheren Geschichtsunterrichts statt.

Kunstnachrichten. (W. T. B.) Die Preisjurn der Internationalen Kunstausstellung in München erkannte die erste Medaille den Malern Bache-Kopenhagen, Gebhardt-Düsseldorf und Lisjers-Upsala zu, sowie dem Bildhauer Manzel-Charlottenburg. Die zweite Medaille erhielten die Maler Achen, Henningsen und Thomsen (Kopenhagen), Eckstrom-Goeteburg, Thegerstroem-Djursholm, Frhr. Cederstroem-Stockholm, Banzer-Dresden, Nochol-Jerndorg (Düsseldorf), Chemiawski-Warschau, Dettmann-Charlottenburg, Adolf Boch, Julius Falat und Friedrich Stahl (Berlin), ferner die Bildhauer Max Baumbach-Berlin, Hasselberg-Stockholm, Schulz-Kopenhagen, der Architekt Raschdorf-Charlottenburg und der Polygraphiker Albert Krüger-Berlin. Insgesammt wurden 22 erste und 63 zweite Medaillen vertheilt.